

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 20. Februar 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/g5d>

Schwarz-gelbe Familienpolitik: Zu schlecht, um wahr zu sein?!

Das von SPD und GRÜNEN beantragte Thema in der Aktuellen Stunde hatte zum Anlass Medienberichte über eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie, die sämtliche familienpolitischen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin untersucht – mit schlechten Ergebnissen.



Susanne Wendland, sozialpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, kritisierte, dass die Familienpolitik teuer, intransparent, ineffizient und meistens ungerecht ist. Weder wird dadurch Kinderarmut verhindert noch gelingt es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Viel Geld wird direkt an Familien überwiesen – und das ganz unabhängig davon, ob sie es überhaupt brauchen. Gleichzeitig fehlen den Kommunen, so auch Bremen, die nötigen Mittel, um Plätze in Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen zu schaffen.

Wendland sah einen Fehler der CDU/FDP-Familienpolitik darin, dass vieles an den Trauschein gekoppelt ist: Das Ehegattensplitting privilegiert verheiratete Paare gegenüber unverheirateten, gleichgültig, ob sie Kinder haben oder nicht. Mit einer Förderung des Zusammenlebens mit Kindern hat das nur wenig zu tun und knüpft an die verstaubte und längst überholte Vorstellung an, dass es Kinder nur in Ehen gibt und dass es in Ehen immer Kinder gibt. Die Realität sieht längst anders aus. Für DIE GRÜNEN ist Familie dort, wo Kinder sind.

Susanne Wendland kritisierte vor allem die Ungerechtigkeit beim Kindergeld: Nur wer es sich leisten kann, auf das monatliche Kindergeld zu verzichten, kommt in den steuerlichen Vorteil, bei der Einkommensteuer-Veranlagung die höheren Kinderfreibeträge geltend zu machen. Besonders hart betroffen sind die Kinder von Hartz-IV-EmpfängerInnen, denn sie gehen leer aus. Weil der Regelsatz angeblich das gesamte Existenzminimum – auch das von Kindern – abdecken soll, wird das Kindergeld vollständig als Einkommen angerechnet und vom Regelsatz abgezogen. Und Kindergelderhöhungen gehen an diesen Menschen vorbei.

Wendland abschließend: „Unter der schwarzgelben Merkel-Regierungskoalition ist die Familienpolitik noch teuer und ungerechter geworden. Wir brauchen eine andere Politik, damit weniger Kinder in Armut leben. Wir brauchen eine andere Politik, damit Frauen Familie und Karriere vereinbaren können. Wir brauchen eine andere Politik, damit wir ein kinderfreundliches Land sein können.“

Tanzverbot gelockert

Volkstrauertag, Totensonntag und Karfreitag gelten in Deutschland gemeinhin als sogenannte "stille Tage" und genießen damit einen

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Die Befreiung stromintensiver Unternehmen von der Umlage nach dem Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), damit sie im internationalen Wettbewerb keine Nachteile erleiden, wird im Jahr 2013 etwa vier Milliarden Euro ausmachen. Dies zahlen alle anderen VerbraucherInnen mit.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

erweiterten Feiertagsschutz bezogen auf Veranstaltungen (salopp auch "Tanzverbot" genannt). Mit der von der rot-grünen Koalition vorgeschlagenen Änderung des Feiertagsgesetzes wird dem gesellschaftlichem Wandel und dem nichtchristlichen Teil der Bevölkerung Rechnung getragen. Nuncmehr sollen Veranstaltungen zeitlich eingeschränkt doch stattfinden können, und zwar am Totensonntag und am Volkstrauertag ab 17.00 Uhr bis 6.00 Uhr morgens, am Karfreitag ab 21.00 Uhr bis morgens um 6.00 Uhr. Zugleich wird auch das strenge Versammlungsverbot unter freiem Himmel zwischen 7.00 und 11.00 Uhr gelockert.



Die jugendpolitische Sprecherin Linda Neddermann hatte das Thema auf den Weg gebracht. Beweggrund war eine von rund 800 Menschen unterzeichnete Petition, die das Tanzverbot gänzlich abschaffen wollte. Neddermann ging auf den Wertewandel in der Gesellschaft ein, dem mit einem Feiertagsgesetz begegnet werde, das die gesellschaftlichen Realitäten abbildet. Das heute in 1. Lesung beschlossene Gesetz stellt einen ausgewogenen Kompromiss dar: Niemand wird zum Tanzen gezwungen, niemand wird gezwungen, sich den Regeln einer Religionsgemeinschaft unterzuordnen, niemand wird in der Ausübung seiner Religion eingeschränkt.

Nicht alle Fußballfans sind potentielle Gewalttäter

Um Gewalttaten im Umfeld von Sportveranstaltungen – im Wesentlichen Fußballspielen – zu verhindern, wurde vor 18 Jahren die Datei „Gewalttäter Sport“ eingerichtet. Die dort gespeicherten Personendaten stehen den Behörden der Bundesländer zur Verfügung, die Datei wird beim Bundeskriminalamt geführt. Dass im April 2010 noch fast 17.000 Personen dort erfasst sind, zeigt, dass es offenbar leicht ist, in diese Datei zu gelangen, aber nicht so einfach, wieder herauszukommen. Mit einer Großen Anfrage wurde diesem Phänomen nachgegangen, nach den Konsequenzen dieser Eintragungen gefragt, aber auch die Kriterien hinterfragt, die für den Eintrag in das Register maßgeblich sind. Also: Was ist unter „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ zu verstehen oder wie wird der Begriff „nicht unerheblicher Schaden“ definiert?



Nach Vorliegen der Antwort des Senats entwickelte der innenpolitische Sprecher Björn Fecker einen heute beschlossenen Antrag, mit dem der Umgang mit dieser Datei in rechtsstaatliche Bahnen kommen soll. Fecker veranschaulichte den Hintergrund des Antrags: „Stellen Sie sich vor, Sie reisen in einer großen Gruppe von Fußballfans mit dem Bus zu einem Auswärtsspiel.

Einen Teil der mitreisenden Menschen kennen Sie, einen anderen Teil nicht. Sie halten an einer Raststätte, und am Ende dieses Besuches sitzen Sie wieder im Bus und wollen die Weiterfahrt antreten. Die Polizei betritt auf einmal den Bus, nimmt Ihre Personalien auf. Hintergrund: Irgendein Idiot, vermeintlich auch ein Mitreisender, hat eine Sachbeschädigung begangen. Für Sie vollkommen klar: Ich komme als Zeuge in Betracht und gebe meine Daten bereitwillig dem Polizeibeamten. Weit gefehlt: Sie sind ab jetzt Mitglied einer bundesweit abrufbaren Datei und werden dort als ‚Gewalttäter Sport‘ geführt. Gut, dass Sie das eigentlich gar nicht wissen. Informiert hat Sie darüber nämlich niemand. Sie waren einfach zur falschen Zeit am falschen Ort. Das ist keine ausgedachte Geschichte, das ist Realität in unserem Land.“

Björn Fecker machte aber auch klar, dass jene, die Gewalt ausüben, die Konsequenzen ihres Handelns tragen müssen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de